

Wolfram Rombach – Offenburgs Oberbürgermeister im Dritten Reich

Ludger Syré

Wenn man sich mit der Geschichte Offenburgs in der Zeit des Dritten Reiches befasst, stößt man immer wieder auf den Namen Rombach. Allerdings verbergen sich hinter diesem Namen zwei Personen, die nicht mit einander verwandt gewesen sind. Beiden Rombachs gemeinsam war die stark ausgeprägte nationalsozialistische Gesinnung; was sie unterschied, waren das Temperament und die Rigorosität, mit der sie diese Gesinnung in die Tat umsetzten. Beide waren Funktionsträger des nationalsozialistischen Regimes, pflegten aber einen unterschiedlichen politischen Stil, vermutlich als Folge einer divergierenden sozialen Herkunft und Sozialisation.

Bevor ich auf das Verhältnis der beiden lokalen NS-Leute eingehe, möchte ich einen Blick auf die Biographie des Offenburger Oberbürgermeisters werfen. Dabei werde ich an mehreren Stellen aus Wolfram Rombachs Lebenserinnerungen zitieren, die er Mitte der 1960er Jahre schrieb und später dem Stadtarchiv Offenburg zur Verfügung stellte. Bis zu seinem Tod blieben sie gesperrt.¹

Wolfram Rombach als NS-Oberbürgermeister von Offenburg

Wolfram Rombach entstammte, wie schon seine Mutter, einer Juristenfamilie. Sein Vater Dr. Hermann Rombach führte in Offenburg eine Praxis als Rechts- und Fiskalanwalt.² Es schien deshalb naheliegend, dass Sohn Wolfram, am 13. Januar 1897 in Offenburg geboren, sich nach dem Abitur am Humanistischen Gymnasium für das Studium der Rechtswissenschaft entschied, das er 1916 an der Kaiserlichen Universität zu Straßburg begann. Wie viele junge Männer seiner Generation hatte Rombach im Sommer 1914 eine tiefe Kriegsbegeisterung erfasst, doch da er in den Augen seiner Eltern einen „schwächlichen Gesundheitszustand“ hatte, erlaubten sie ihm vor dem 20. Lebensjahr den Kriegsdienst nicht. Erst im Januar 1917 konnte er sich freiwillig melden. Im März wurde er, obwohl auf dem linken Auge blind, an die Westfront geschickt, wo er jedoch nach kurzem Kampfeinsatz verwundet wurde und u. a. wegen einer Gasvergiftung mehrere Monate im Lazarett verbringen musste. Bei Kriegsende hatte er den Rang eines Vizefeldwebels der Reserve erreicht, aber leider keine Beförderung zum Reserveoffizier, was ihn so bedrückte, dass er später nichts unversucht ließ, diesen Dienstgrad doch noch zu erreichen.

Während vielen Angehörigen seiner Generation die Rückkehr ins zivile Leben nicht gelang, setzte Rombach 1919 das Jurastudium fort, bestand das Examen und promovierte, wie sein Vater, zum Dr. jur. mit einer Dissertation über „Die internationalen Grundsätze im geltenden deutschen Steuerrecht“ und trat dann in die Kanzlei des Vaters ein, die er nach dessen Tod 1930 weiterführte.

Was bewog Rombach, der nach eigener Aussage einem nationalliberal orientierten, die Weimarer Republik akzeptierenden Elternhaus entstammte, sich ab 1925 der deutsch-völkischen und ab 1928 der nationalsozialistischen Bewegung zuzuwenden? Der politische Umsturz 1918, der Vertrag von Versailles, die französische Besetzung Offenburgs 1923, der als unfähig zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme angesehene Parlamentarismus mögen die politische Radikalisierung gefördert haben. Von ausschlaggebender Bedeutung wurde nach eigenem Bekunden die Begegnung mit Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, den Rombach in seinen Erinnerungen das „soziale Gewissen der Bewegung“ nannte und auf den er auch nach 1933 „eingeschworen“ blieb.³ Im September 1928 lauschte er Strassers Rede in der Offenburger Michelhalle. „Bekämpfung der jüdischen Vorherrschaft“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“: Diese und andere Phrasen nationalsozialistischer Rhetorik – beim gemeinsamen Frühstück im Hotel „Sonne“ vertieft – fielen bei Wolfram Rombach auf fruchtbaren Boden. Im Dezember trat er der NSDAP bei.

In den folgenden Jahren leistete Rombach seinen ganz persönlichen Anteil zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Offenburg, auf den er sichtlich stolz war: „Weshalb und wie ich Nationalsozialist wurde und wie ich zur ‚Machtergreifung‘ beitrug“, überschrieb er dieses Kapitel seiner Erinnerungen. Im September 1929 fuhr er mit Dr. Oskar Hüßy, dem späteren braunen Oberbürgermeister Karlsruhes, zum Reichsparteitag der NSDAP nach Nürnberg. Ideologisch aufgerüstet wirkte er fortan als Propagandist für die 1924 von Otto Wacker gegründete Ortsgruppe Offenburg, bestritt zahlreiche Auftritte auf eigenen und fremden Parteiversammlungen und zog als Folge der Kommunalwahl vom 16. November 1930, bei der die NSDAP 19,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, in den Offenburger Gemeinderat ein. Der dreiköpfigen NSDAP-Fraktion gehörten außerdem Friedrich Kraus, Leiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, und Fritz Völker an, der kurze Zeit später durch Karl Rombach ersetzt wurde. In der Partei hatte Wolfram Rombach schon im Sommer 1930 Karriere gemacht: Nach dem Tod von Friedrich Klink, der während einer Wahlkundgebung einen Schlaganfall erlitten hatte, war er vom Gauleiter der badischen NSDAP, Robert Wagner, mit dem Posten des Kreisleiters betraut worden.

Zum Entschluss, dieses Amt zu übernehmen, bekannte er sich auch lange nach Kriegsende noch ohne jede Einschränkung: „Er hat mein Leben

herausgehoben aus der Eintönigkeit der billionenfach nach Schema X abgespulten Lebenswege und es trotz viel Kummer, Sorgen und Opfern erst richtig lebenswert gemacht.“⁴

Einen Höhepunkt der so genannten Kampfzeit erlebten Offenburgs Nationalsozialisten am 8. November 1930, als Adolf Hitler selbst anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen vor über 10.000 aus ganz Baden angereisten Menschen sprach. Im Anschluss an seine Rede in den beiden Landwirtschaftlichen Hallen kam es zu tumultartigen Szenen, zu einem regelrechten Chaos, für das Robert Wagner den örtlichen NSDAP-Vertreter, also den Offenburger Kreisleiter verantwortlich gemacht haben soll. Glaubt man Wolfram Rombach, dann legte diese organisatorische Panne „die Grundlage für die Aversion des Gauleiters“ gegen ihn.⁵

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Hitlers Offenburger Anhänger feierten diesen Erfolg mit einer so genannten „Freiheitskundgebung“ und einem Fackelzug durch die Stadt. Die übrigen Einwohner verharren zunächst in der Rolle des Zuschauers, doch schon zwei Tage später, mit der Auflösung des Reichstags und der Ansetzung von Neuwahlen, konnten aufmerksame Bürger erkennen, wohin die neue Regierung steuerte. Trotz massiver Behinderung von KPD, SPD und Zentrum erreichte Hitler am 5. März die absolute Mehrheit nicht. In Offenburg blieb die NSDAP mit 41,3 Prozent (4.765 Stimmen) unter dem Reichs- und unter dem Landesdurchschnitt (von 43,9 bzw. 45,5 Prozent), wurde aber in allen Stimmbezirken stärkste Partei. Wie in vielen anderen Orten auch feierte die NSDAP-Ortsgruppe den Sieg mit dem Aufziehen der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus.⁶

Der Einzige, der sich dieser Provokation widersetzte, war Offenburgs sozialdemokratischer Bürgermeister Walther Blumenstock, der daraufhin erstes prominentes Opfer der nationalsozialistischen Machtergreifung auf lokaler Ebene wurde. Er emigrierte in die Niederlande, mitsamt eines Teils seiner Pension. Dass er diese zum regelrechten Entsetzen vieler Nationalsozialisten behielt, glaubte Blumenstock Dr. Wolfram Rombach zu verdanken gehabt zu haben, weshalb er diesen später – zumal aus räumlicher Distanz und zeitlicher Perspektive – recht milde beurteilte. Rombach, so schrieb er 1968, sei „kein fanatischer Nationalsozialist“ gewesen: „Das ‚Rombächlein‘, wie wir ihn nannten, war eine belustigend naive, aber sicher menschlich integre Persönlichkeit, und als er von der Welle der Macht auf einen ihm sicher nicht gemäßen Posten gespült wurde, hat er sicher manchen Exzeß jenes Menschenbeherrschungssystems in Offenburg zu mildern oder zu verhindern verstanden.“⁷

Den von Blumenstock angesprochenen Posten erhielt Rombach ein Jahr nach der Machtergreifung. Aus politischer Naivität oder in Unkenntnis des nun herrschenden Führerprinzips beraumte der Stadtrat für den 17. Februar 1934 die Neuwahl des Oberbürgermeisters an. Der Wahlakt entfiel jedoch,

da der badische Minister des Innern, Karl Pflaumer, Rombach bereits ernannt hatte. Es versteht sich fast von selbst, dass die Nationalsozialisten auf Dauer keinen Zentrums-Mann an der Spitze der Stadt duldeten, und es ist auch keine Frage, dass Wolfram Rombach an dem Amt des Stadtoberhauptes persönlich interessiert war. Ob er seinen Vorgänger Josef Holler regelrecht aus dem Amt gedrängt hat, lässt sich heute nicht mehr zweifelsfrei klären. Holler selbst soll diesem Eindruck nach Kriegsende in einer eidesstattlichen Erklärung entgegengetreten sein. Sicher ist, dass Holler erst in dem Moment ausschied, als sein Wechsel zum Notariat Freiburg und damit sein Verbleib im Staatsdienst gesichert waren.

Noch am gleichen Tag stellte Rombach bei einer improvisierten Veranstaltung in der Michelhalle sein kommunalpolitisches Programm vor. Dabei dankte er seinem Vorgänger und rief dann alle Bürger auf, „gemeinsam zum Wohl unserer Heimatstadt zusammenzuarbeiten.“ In seinen Lebenserinnerungen vergaß er nicht mitzuteilen: „Schliesslich gab ich noch unter grossem Beifall bekannt, dass ich anstelle des sonst üblichen Festbanquets am kommenden Vormittag 200 Volksschüler und Volksschülerinnen aus minderbemittelten Kreisen zu Kaffee, Kuchen und Kasperletheater einlade.“⁸ Der neue Oberbürgermeister bemühte sich offenkundig um Popularität; nicht zu übersehen ist aber auch die Absicht, die eigene Geschäftsführung im Nachhinein als recht harmlos erscheinen zu lassen.

Rombach war stolz darauf, „an hervorgehobener, wenn auch nicht gerade prominenter Stelle, am Aufbau eines – wie ich mit Grund hoffte – besseren und glücklicheren Deutschland mitwirken zu können.“⁹ Für die negativen Seiten der NS-Herrschaft machte er andere verantwortlich. Er, Rombach, habe sofort den Dienststellen der Partei und ihren Gliederungen den Befehl erteilt, „jeglichen Exzess gegenüber politischen Gegnern und Juden zu verhindern.“¹⁰

Für die Verhaftung der KPD-Mitglieder, die wie Richard Bätz und Otto Schneider in der Nacht zum 21. Mai in ihren Wohnungen verhaftet und monatelang im Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am Kalten Markt eingesperrt wurden, fühlte er sich ebenso wenig verantwortlich wie für die Entlassung der einzigen jüdischen Angestellten der Stadtverwaltung am 29. März 1933 – auf Antrag der NSDAP – oder für den Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933, zu dem er vor dem Rathaus als Kreisleiter aufrief. Seine Rolle dabei rechtfertigte er später wie folgt: „Um auf alle Fälle Ausschreitungen zu vermeiden, bestellte ich mich selbst zum Kundgebungsredner [...] Exzesse gab es nicht, die vor den jüdischen Geschäften mit – sachlichen [!] – Boykottplakaten aufgestellten SA-Trupps waren am nächsten Tag verschwunden und die Parteileitung hatte ihren Willen.“¹¹ Fragt sich nur, wer war die Parteileitung? Offenbar saß die in Karlsruhe oder in Berlin, bis hinunter in die Offenburger Kreisleitung reichte sie scheinbar nicht.

Rombach behauptete später, den Boykott „für inhuman und auch für politisch falsch“ gehalten zu haben. Merkwürdig ist nur, warum er dann dem Direktor der (städtischen) Sparkasse, Hermann Roos, Mitteilung machte, dass einer seiner Angestellten 1934 und 1935 in einem jüdischen Geschäft „Wareneinkäufe getätigt“ habe und Roos bat, „gegebenenfalls die geeignet erscheinenden Massnahmen“ zu ergreifen.¹² „In der Judenfrage waren für mich humanitäre und politische Zweckmäßigkeitserwägungen massgebend“, liest man in seinen Erinnerungen.¹³ Offensichtlich gehörte Denunziation im Einzelfall auch dazu.

Alle antijüdischen Maßnahmen seien nicht in seine Zuständigkeit gefallen, rechtfertigte sich Rombach später. Dabei ignorierte er die Tatsache, dass er bis 1936 der wichtigste politische Leiter der Partei im Kreis Offenburg war und auch danach im Amt des Oberbürgermeisters ein herausragender Repräsentant des Regimes blieb, so dass er sich nicht mit der rein formalen Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen entschuldigen kann. Nur als Entgleisung kann man die Behauptung werten: „Im übrigen kann ich mich nicht entsinnen, in Offenburg jemals einen Juden mit einem gelben Stern gesehen zu haben ...“¹⁴ Auch nach der Deportation der badischen Juden nach Südfrankreich im Oktober 1940 lebten noch einzelne Juden in Offenburg, die seit 1941 den Judenstern tragen mussten.

Auf seine Fahnen schrieb er sowohl während als auch nach der Zeit des Dritten Reiches alle Errungenschaften des „nationalsozialistischen Aufbaus“, die unter seiner Leitung vollbracht worden waren. Dazu zählten etwa der Bau neuer Siedlungen und Wohnungen, die Maßnahmen im Bereich des Tiefbaus, die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, beispielsweise die Neuerrichtung der Ortenauer Milchzentrale oder der Bau der Schlachtviehhalle usw. Wegen der Personalunion zwischen Oberbürgermeister, Kreisvorsitzendem und Kreisleiter konnte er in den ersten Jahren nach der Machtergreifung seine kommunalpolitischen Pläne ohne politische und bürokratische Komplikationen durchziehen. Seine Lebensaufgabe erblickte er darin, Offenburg „zu einer in jeder Beziehung attraktiven und darum auch echten Zentrale Mittelbadens zu machen und in vernünftigen Rahmen auch zu einem gewissen politisch-kulturellen Gegenpol gegen die große, leider 1918 französisch gewordene Landeshauptstadt des Elsass, Straßburg.“¹⁵ Die Förderung des Sports und der Kultur spielten dabei eine gewichtige Rolle.¹⁶

Leider, so Rombach im Rückblick, seien ihm nur fünfeinhalb Jahre Aufbauarbeit vergönnt gewesen, durch die bewiesen werden konnte, „was die zusammenfassende Konzentration eines nicht entarteten nationalen Sozialismus für die Volksgemeinschaft zu leisten vermag und nicht nur in der Mittelstadt Offenburg geleistet hat.“¹⁷

Zu einem wichtigen Datum in Rombachs politischer Biographie wurde das Jahr 1936. Bisher war er sowohl Oberbürgermeister als auch NSDAP-

Kreisleiter gewesen. Alle ein bis zwei Monate nahm er in der Karlsruher Reichsstatthaltereier Kreisleitersitzungen teil, die – selbstverständlich, möchte man sagen – den „Charakter reiner Befehlsausgaben“ hatten. Und in regelmäßigen Abständen rief ihn die Partei in gleicher Absicht nach Berlin. 1936 ordnete Hitler an, die bis dahin häufig anzutreffende Personalunion aufzuheben. Vor die Alternative gestellt, gab Rombach die Funktion des Kreisleiters ab. Oder hatte er gar keine Entscheidungsfreiheit? „Die Wahl zwischen den beiden Positionen“, schreibt er, „wurde mir von der Gauleitung abgenommen.“¹⁸ Er sei ins Gaupersonalamt nach Karlsruhe einbestellt worden, wo ihm der „Wunsch“ des Gauleiters und Reichsstatthalters eröffnet worden sei, er möge sich künftig allein der Aufgabe des Oberbürgermeisters widmen.

Seine letzte Ansprache als Kreisleiter hielt Rombach zur Begrüßung des Jäger-Infanterieregiments 75, das am 7. März 1936 die Offenburger Kaserne bezog. In seiner Rede erinnerte er an die „tiefste Verelendung unserer engeren Heimat“, womit er die Zeit der französischen Besetzung meinte, und beschwor die Bürger, sich mit „ihren“ Soldaten zu identifizieren.¹⁹ Der Ausbau Offenburgs zur Garnisonsstadt und die enge Partnerschaft zwischen Wehrmacht und Stadt lagen Rombach so sehr am Herzen, dass er schon im Zuge der Remilitarisierung des Rheinlandes alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, das einstige Kasernenareal wieder mobil zu machen. Dies erforderte die Umsiedlung von privaten und kommunalen Gewerbebetrieben und die Umquartierung von über hundert Familien.

Konflikte mit NSDAP-Kreisleiter Karl Rombach

Wolfram Rombachs Nachfolger als Kreisleiter wurde sein Namensvetter Karl Rombach, ein radikaler Parteigänger Hitlers. 1898 in Ettenheimmünster geboren, diente er ab 1917 in der Kaiserlichen Marine. Nach Kriegsende arbeitete er als Müller in Münchweier, ab 1927 in der Offenburger Kunstmühle Hildebrand, teils als Walzenführer, teils als Reisender. 1929 trat er der NSDAP bei, für die er die „Ortenauer Volkswarte“ herausgab, eine Kreisbeilage des regionalen NS-Blattes „Der Führer“, die sich der politischen Hetze gegen die Weimarer Parteien verschrieben hatte. Unter anderem deswegen, weil er Reichskanzler Heinrich Brüning einen „Schweinehund“ genannt hatte, wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt, was seinem Ansehen innerhalb der Partei vermutlich nur nützlich war.

Im Februar 1931 übertrug ihm Kreisleiter Wolfram Rombach die Funktion des Ortsgruppenführers und im Mai desselben Jahres rückte er für die NSDAP in den Stadtrat nach. Nach der Entlassung Blumenstocks übernahm er das Amt des Zweiten Bürgermeisters, allerdings nur für einige Monate, denn im Januar 1934 berief ihn die Partei zum Kreisleiter und gleichzeitig zum Bürgermeister von Oberkirch. Als dieser Landkreis im

Zuge der Kreisreform 1936 aufgelöst bzw. in den Kreis Offenburg integriert wurde, machte ihn die Partei zum – nunmehr hauptamtlich bezahlten – Kreisleiter von Offenburg.

Oberbürgermeister und Kreisleiter hießen also weiterhin Rombach, nur dass es sich jetzt um zwei verschiedene Personen handelte, zudem um zwei unterschiedliche Charaktere. Auch wenn Wolfram Rombach über Karl Rombach schrieb, dieser sei ein „überzeugter Nationalsozialist“ gewesen – galt das, nebenbei gefragt, für ihn nicht auch? – dabei „bauernschlau und überraschend klug taktierend [...] Zum Radikalen entwickelte er [Karl Rombach; Anm. des Autors] sich – offenbar unter dem Einfluss des Gauleiters – erst im Laufe der Kriegsjahre“²⁰, dann kann das nicht darüber hinweg täuschen, dass das politische und persönliche Verhältnis zwischen beiden von Anfang an von spürbarer Konkurrenz und gegenseitiger Abneigung geprägt war.

Sicherlich spielte auch die soziale Distanz eine Rolle. Mit dem Offenburger Landrat Kurt Sander, Parteigenosse seit 1933, und mit dem Freiburger Landeskommissär Paul Schwoerer, der kein frühes Parteimitglied war, kam der Oberbürgermeister nach eigenem Bekunden deshalb gut aus, weil „wir alle drei der gleichen Gesellschaftsschicht angehörten, national eingestellt, evangelisch und nicht zuletzt ‚gelernte‘ Juristen waren“²¹. Das traf auf den Müller Rombach nicht zu, und auf Gauleiter Wagner auch nicht, welcher aus seiner Aversion gegen Akademiker und Intellektuelle nie einen Hehl machte.²² Tatsache ist, dass sich der Kreisleiter in allen Konfliktfällen auf seinen Gauleiter verlassen konnte. Und Reibungspunkte gab es zahlreiche.

Dazu gehörte beispielsweise die Zusammensetzung des vierzehnköpfigen Stadtrats, dessen Mitglieder seit der 1935 erlassenen „Deutschen Gemeindeordnung“ „Ratsherren“ hießen. Diese hatten nur noch beratende Funktion und wurden gemäß dem Führerprinzip nicht mehr gewählt, sondern auf Vorschlag des Oberbürgermeisters vom Parteibeauftragten berufen. Aus Sicht Rombachs sollten die Ratsherren der verlängerte Arm der Stadtverwaltung sein und in der Bevölkerung für die Maßnahmen der Stadtverwaltung „werben“. Er legte daher Wert auf „integre“ Männer – Frauen gab es in dieser Position nicht –, „die national und sozial zuverlässig, in einer möglichst weiten Bevölkerungsschicht verwurzelt sind und durch ihre Persönlichkeit andere Volksgenossen zur Mitarbeit verpflichten.“²³ Doch genau an diesen Persönlichkeiten mangelte es, wohl nicht nur in Offenburg. Für den Parteibeauftragten zählten ohnehin andere Kriterien. Für ihn war wichtig, ob ein Kandidat für die NSDAP nützlich war; Vorstrafen oder kriminelle Aktivitäten wurden geflissentlich übersehen.

Dazu ein paar Beispiele.²⁴ 1939 wurde der Kaufmann August Diebold als Ratsherr entlassen, weil er in alkoholisiertem Zustand Stadtverwaltung und Stadtrat öffentlich beschimpft hatte. Er war von seinem Kollegen, Ortsgruppenleiter Oskar Wiegert, der in der Bevölkerung als Denunziant

galt, angeschwärzt worden. Als Nachfolger setzte Kreisleiter Karl Rombach gegen den erklärten Willen des Oberbürgermeisters den Kreis-Obmann der Deutschen Arbeitsfront, Albert Herrmann, durch. Dieser hatte sich während der Reichsprogromnacht im Jahr zuvor an den Ausschreitungen gegen die Juden beteiligt. Als er im Sommer 1940 eines Morgens in betrunkenem Zustand einen Radfahrer überfuhr und tötete und dafür vom Landgericht Offenburg die lächerlich milde Strafe von 200 Reichsmark erhielt, gab es in der Bevölkerung spürbaren Unmut. Wolfram Rombachs Antrag auf Entlassung Herrmanns entsprachen jedoch weder der Kreisleiter noch der Landrat.

Wie wenig der Oberbürgermeister im Ernstfall gegen den Willen der Partei ausrichten konnte, zeigte sich besonders gegen Kriegsende, so etwa im Jahre 1944, als der Aufseher des Westarbeiterlagers, ein notorischer Trinker, einen französischen Zwangsarbeiter erschoss und bei anderer Gelegenheit den russischen Zwangsarbeitern drohte, jeden zehnten Mann auf der Stelle aufzuhängen.²⁵ Der Kreis-Obmann der DAF Albert Herrmann stellte sich auf die Seite des Lagerführers, der Karlsruher Gau-Obmann der DAF rührte sich nicht, Kreisleiter Rombach und Gauleiter Wagner ergriffen ohnehin nicht für den Oberbürgermeister Partei und die Gestapo, an die sich Wolfram Rombach ebenfalls wandte, hielt sich, genauso wie der Landrat, aus der Angelegenheit heraus. Überhaupt fällt auf, dass Sander selten auf der Seite des Oberbürgermeisters stand, auch wenn dieser später behauptete, mit ihm gut zurecht gekommen zu sein.

Zu einer Machtprobe zwischen dem Vertreter der Stadt und dem Vertreter der Partei kam es auch im Anschluss an die Reichsprogromnacht, als es um das Schicksal der Offenburger Synagoge ging. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass bei den Ausschreitungen am 9. und 10. November, die zentral von der NSDAP auf Reichsebene gesteuert worden waren, Kreisleiter Karl Rombach und Ortsgruppenleiter Oskar Wiegert im Mittelpunkt der SA-Aktionen standen. Die Rolle der beteiligten NS-Leute ist nach Kriegsende im so genannten Synagogenprozess festgestellt worden. Das Offenburger Schwurgericht verurteilte 1948 Karl Rombach wegen der Zerstörung der Synagoge, wegen Landfriedensbruch und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen an den Offenburger und Diersburger Juden, zu fünf Jahren Zuchthaus. Allerdings, wie bei so vielen NS-Prozessen, wurde das Strafmaß nachträglich erheblich reduziert, in diesem Fall auf zwei Jahre.²⁶

Und der Oberbürgermeister? Er gab später an, von den nächtlichen Vorgängen nichts mitbekommen zu haben, er sei erst morgens bei Dienstbeginn von Bürgermeister Fellhauer informiert worden und sei zudem gar nicht zuständig gewesen. Mit Fellhauer kam er überein, „dass wir gegenüber dieser, vermutlich [!] von der Partei gesteuerten Aktion nichts unternehmen könnten, zumal die Polizei ja dem Landrat unterstehe.“²⁷ Und für

die 1948 Verurteilten fand er sogar noch mildernde Umstände: „Beiden hätte allerdings m. E. strafmildernd zugebilligt werden müssen, dass sie nicht aus blindem Rassenfanatismus, sondern lediglich aus Gründen entarteter Parteiideologie vermutlich auf Befehl und in einer verständlichen Erregung gehandelt hatten.“²⁸ Diese Feststellung offenbart einmal mehr das Grundmuster von Rombachs Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus: Dieser sei an sich ein gutes System gewesen, nur leider im Laufe der Zeit, besonders seit Kriegsbeginn, entartet.

Nach dem 9. November 1938 ging es um die Verwendung der ehemaligen Synagoge. Der Stadtrat wollte das Vorderhaus, ohne den Betsaal, als Lager nutzen, während der Kreisleiter das im Innern demolierte, aber äußerlich intakte Gebäude am liebsten abgerissen hätte. Die Stadt schlug 1939 die Einrichtung einer Turmhalle vor, was der ideologisch verblendete Kreisleiter wie folgt ablehnte: „Es ist unmöglich, daß in demselben Raum, in dem sonst das Judentum Pläne gegen die Zerstörung des deutschen Volkes geschmiedet hat, in der Zukunft deutsche Menschen sich körperlich erüchtigen sollen.“²⁹ Während des Krieges wurde das Haus schließlich doch genutzt: zur Einlagerung der Naturaliensammlung des städtischen Museums, von einer Kartonagenfabrik, die Munitionsverpackungen herstellte und zur äußerst notdürftigen Unterbringung von Zwangsarbeitern.³⁰

Als im Zusammenhang mit der Diskussion über die Synagoge Kreisleiter Karl Rombach die Ratsherren zu einer Besprechung in seine Geschäftsstelle einlud, verwahrte sich der Oberbürgermeister gegen diesen Verstoß gegen die Gemeindeordnung und das „Führerprinzip des Gemeindeleiters“. Die angerufene Gauleitung folgte der listigen Argumentation Karl Rombachs: Der Kreisleiter habe sehr wohl das Recht, mit Parteigenossen, die zufällig eben auch Ratsherren und Beigeordnete seien, über Angelegenheiten der Partei zu sprechen. Die Ratsherren gaben ihrerseits an, „als Parteigenossen“ der Einladung gefolgt zu sein. Nur einer hielt treu zum Oberbürgermeister, der Erste Beigeordnete Robert Fellhauer, der prompt sein Fernbleiben nicht nur schriftlich rechtfertigen musste, sondern auch in die Kreisleitung einbestellt wurde.³¹

Das Beispiel zeigt: Viele Konflikte waren nichts anderes als Gerangel um Kompetenz und Macht. Mit „Widerstand“ gegen das nationalsozialistische Regime hatten sie rein gar nichts zu tun. Da sie aktenkundig geworden waren, konnte Wolfram Rombach sie allerdings später bei seinem Spruchkammerverfahren geschickt nutzen. Er interpretierte sie einfach um – als Beleg für seine angeblich oppositionelle Haltung gegen die Partei.

1942 stellte Wolfram Rombach fest: „Eine Bereinigung des Verhältnisses Kreisleiter – Oberbürgermeister ist nicht zu erwarten. Denn es handelt sich hierbei in erster Linie nicht um Temperamentsunterschiede usw., sondern um konträre Auffassungen über weltanschauliche Grundfragen: Ich stehe [...] auf dem Standpunkt, dass der politische Soldat genau so gut wie

der Angehörige der Wehrmacht zur Beachtung grundlegender Führergesetze und Erlasse verpflichtet ist. Der Kreisleiter dagegen fordert zur Übertretung wichtiger Bestimmungen nationalsozialistischer Grundgesetze auf, setzt sich selbst über Gesetze usw. hinweg und unterdrückt jede gegenteilige Meinung stur und brutal. Ich vertrete die Ansicht, dass gerade in der Kriegszeit mit kompromißloser Härte gegen Zerfallserscheinungen in der Heimat vorgegangen werden muss, während der Kreisleiter urkundlich nachgewiesene Verfehlungen führender Parteigenossen in einer Weise deckt, dass dadurch in breitesten Schichten der Bevölkerung das Vertrauen zur nationalsozialistischen Staatsführung untergraben wird.“³²

Mit anderen Worten: Der Oberbürgermeister hielt seinen Gegenspieler für korrupt, sich selbst aber für einen korrekt und human handelnden Nationalsozialisten. „Parteipolitische Besessenheit mit Geringschätzung des Rechtsstaatsprinzips und Überspannung des Führungsanspruchs der Partei“³³ – darin glaubte Rombach die Ursachen für die Spannungen zwischen ihm und den Parteifunktionären festmachen zu können. Als sei das Dritte Reich ein Rechtsstaat gewesen, als seien ausgerechnet die Juristen Garanten rechtsstaatlicher Traditionen gewesen!

Um sich bei Differenzen mit der NSDAP und ihren politischen Leitern besser zu wappnen, trat Rombach 1937 in die SS ein. So jedenfalls rechtfertigte er im Nachhinein diesen Entschluss in seinen Lebenserinnerungen. Dort findet sich aber auch die verwegene Einschätzung, die SS sei, ganz im Gegensatz zu den Parteifunktionären, eine „disziplinierte Elite mit Niveau und Manieren“³⁴ gewesen.

Überhaupt fällt in Rombachs Memoiren die positive Bewertung vieler NS-Größen auf; Rudolf Hess zum Beispiel habe auf ihn „den Eindruck eines kultivierten und geistreichen Weltmannes“ gemacht; von Hermann Göring war er Mitte der dreißiger Jahre „restlos begeistert“.³⁵ Selbst Robert Wagner hielt er für einen „persönlich absolut integren Mann“.³⁶ Dass er zu ihm „nie den richtigen Kontakt“ gefunden habe, führte er auf die grundsätzliche Aversion der Lehrer gegen die Juristen zurück, auf den „Konflikt zwischen Aktivist und Jurist“. Er, Rombach, sei in den Augen des Gauleiters „zu weich“ und wegen seiner „juristischen Hemmungen“ für die Kreisleitung ungeeignet gewesen, soll ihm nach Kriegsende der badische NS-Ministerpräsident Walter Köhler anvertraut haben.³⁷ Das bedeutet aber nicht, dass Wagner auch nur den geringsten Zweifel an Rombachs Regimetreue hegte; er hätte sicherlich nicht einen Moment gezögert, Rombach aus dem Amt zu entfernen.

Zur Stabilisierung seiner Autorität, vielleicht auch zur Stärkung seines Selbstwertgefühls setzte Rombach alle Hebel in Bewegung, um die im Ersten Weltkrieg nicht mehr erreichte Beförderung zum Offizier nachzuholen. Da er auf dem linken Auge blind war, bedurfte es besonderer Hartnäckigkeit, um zu Reserveübungen einberufen zu werden, die 1937 mit der Be-

förderung zum Leutnant der Reserve erfolgreich endeten. Den Ausbruch des Krieges begriff Rombach als Chance auf militärische Anerkennung. Als Kompanieführer nahm er am Frankreichfeldzug teil, von dem er im September 1940 nach Offenburg zurückkehrte, wo ihn Bürgermeister Fellhauer loyal vertreten hatte. Spätere Versuche, in der Verwaltung der eroberten Ostgebiete Verwendung zu finden, die man auch wohl als Fluchtversuche verdächtigen könnte, scheiterten bzw. erübrigten sich aufgrund der Wende im Kriegsverlauf.

Flucht und Entnazifizierung Wolfram Rombachs

Rombach blieb in Offenburg, dessen Lage zunehmend gekennzeichnet war von Arbeitskräftemangel, Energieproblemen, Lebensmittelengpässen und wachsender Wohnungsnot. Mit dem Näherrücken der Front und infolge des Luftkriegs, der in Offenburg 1943 nur geringfügige, ab November 1944 jedoch immer massivere Schäden hinterließ, verschärften sich die genannten Probleme. Der Handlungsspielraum des Oberbürgermeisters verringerte sich zugunsten der Machtbefugnisse der NSDAP, die ihre Kompetenzen ausdehnte.

Die städtische Verwaltung geriet wiederholt in die Kritik der Partei. Neue Friktionen zwischen Rombach und Rombach waren unvermeidlich. Diese entzündeten sich, um ein Beispiel zu nennen, an der Arbeit des städtischen Wirtschaftsamtes, also jener Stelle, die für die Verwaltung des Mangels zuständig war. Viele „Volksgenossen“, so behauptete der Kreisleiter, seien dort in geradezu unerhörter Form behandelt worden.³⁸ Waren, so könnte man polemisch fragen, Karl Rombachs Parteifreunde etwa nicht bevorzugt bedient worden? Oder handelte es sich, wie der Oberbürgermeister behauptete, um nichts anderes als um Denunziation? Die Frage muss offen bleiben. Dass die Mitarbeiter der Kartenstelle keine leichte Aufgabe hatten und schnell in den Verdacht ungerechten Handelns gerieten, liegt auf der Hand.

Während der Kreisleiter bis zuletzt flammende Reden hielt, wirkte der Oberbürgermeister in den letzten Monaten des Krieges zunehmend passiv. Seinem Tagebuch ist stellenweise eine gewisse Resignation anzumerken, etwa wenn er angesichts der vielen Bombenangriffe schreibt: „Man ist schon so apathisch, dass man sich gar nicht mehr darum kümmert, wo es eingeschlagen hat.“³⁹ Genau dieses wurde ihm in der Bevölkerung vorgeworfen und kam in einer Ratsherrensitzung Anfang 1945 zur Sprache.

Dafür hätte Rombach gerne für sich in Anspruch genommen, die Sprengung von Brücken verhindert zu haben. Hitlers Nero-Befehl vom 19. März 1945, alle für den Feind verwertbaren Verkehrs-, Industrie-, Versorgungs- und Militäreinrichtungen zu zerstören, wurde auch in Offenburg befolgt. Anfang April begannen die Vorbereitungen zur Sprengung der Brücken.

Über die innerstädtischen Brücken rollte allerdings nicht nur der Verkehr; über sie verliefen auch Rohre und Leitungen. Der Direktor der Stadtwerke, Karl Müller, hat nach dem Krieg berichtet, wie er unter Hinweis auf die Folgen für die Wasserversorgung beim zuständigen Wehrmachtsskomannten interveniert und dadurch die Zerstörung verhindert habe.⁴⁰ Müllers Darstellung deckt sich mit Rombachs Eintragung in seinem Kriegstagebuch – auch wenn Frau Rombach die Sache nachträglich gerne anders gesehen hätte.

Bis zuletzt scheint Rombach an den immer wieder verkündeten Endsieg und an Hitlers Mission geglaubt zu haben. Oder gibt es einen plausiblen Grund, warum er ausgerechnet in seinem privaten Tagebuch Zweckoptimismus im Sinne des NS-Regimes bekundet haben sollte? So lesen wir unter dem historischen Datum 5. März: „Heute vor 12 Jahren war die entscheidende Reichstagswahl. Haben sich die damaligen Hoffnungen und Erwartungen erfüllt? Ich glaube, dass diese Frage trotz aller in der menschlichen Unzulänglichkeit – namentlich im Kriege – begründeten Fehler und Rückschläge zu bejahen ist. Es bereitet sich unter unendlichen Wehen doch eine neue und bessere Zeit vor. Wenn ich die jungen Soldaten unserer Einquartierung [...] betrachte, muß ich mir immer wieder sagen: Ein Volk, das über derartigen Nachwuchs verfügt, kann nicht unterliegen und untergehen.“⁴¹ Angesichts der millionenfachen Opfer und flächendeckenden Zerstörungen eine schier unglaubliche Einschätzung!

Am Sonntag, den 15. April 1945, marschierten die Franzosen in Offenburg ein. Die kurz zuvor von den abziehenden deutschen Truppen gesprengten Kinzigbrücken beeindruckten sie wenig; die französischen Panzer waren zur Passierung des Flusses auf sie nicht angewiesen. Am Vortag hatte sich bereits Oberbürgermeister Rombach abgesetzt. Seine Flucht führte ihn zunächst nach Ehingen an der Donau, wo er seine Familie traf, die schon im November 1944 in die Heimatstadt seiner Frau geflüchtet war, und endete schließlich auf einer 1.200 Meter hoch gelegenen, tiefverschneiten Alm oberhalb von Wertach in den Allgäuer Alpen. Dort wurde er am 3. Mai 1945 gemeinsam mit Gesinnungsgenossen und Wehrmachtangehörigen von amerikanischen Soldaten verhaftet. Selbst in diesem Moment hatte er noch nicht wirklich begriffen, dass mit dem Nationalsozialismus auch seine Zeit abgelaufen war, glaubte er doch, das Amt des Stadtoberhauptes unter den neuen politischen Bedingungen weiterhin ausüben zu können. Er bedauerte sogar, dass er sich nicht in Offenburg der Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt hatte: „In den letzten Tagen vor dem Einmarsch hatten mir nämlich ehemalige Zentrumsleute ausrichten lassen, sie würden bei den Franzosen für mich eintreten und dieselben bitten, mich als Oberbürgermeister zu belassen.“⁴²

Während Rombach in amerikanischer, später in französischer Kriegsgefangenschaft saß, bemühte sich seine Frau bei alten Mitkämpfern um „Per-

silscheine“. Sie listete eine Reihe von Ereignissen und Handlungen auf, die ihren Mann entlasten sollten, indem sie ihn in günstiges Licht rückten. Der 1946 amtierende Bürgermeister Gustav Weghaupt nahm zu den einzelnen Punkten Stellung, konnte sie aber u. a. aus Mangel an entsprechenden Belegen nicht in allen Fällen bestätigen.⁴³

Sehr günstig fiel hingegen, wie nicht anders zu erwarten, das „Führungszeugnis“ aus, das Robert Fellhauer lieferte. Darin bestätigte er, wie schwer es der Oberbürgermeister gegenüber der Partei und dem Kreisleiter gehabt habe: „Von Gauleiter Robert Wagner und Kreisleiter Karl Rombach in Offenburg war er bestimmt nicht anerkannt. Er durfte, weil er eben schon länger Pg. war, mitlaufen. Ernst wurde er aber nicht genommen.“ Sein Chef habe „ständig Misshelligkeiten, Händel, Aufregungen, unangenehme Verhandlungen usw. mit der Partei und insbesondere dem Kreisleiter Karl Rombach“ gehabt. „Mit der NSV, Kreisbauernschaft, Frauenschaft, überhaupt mit allen Parteigliederungen hatte der Oberbürgermeister unangenehme Auseinandersetzungen.“ Und von Robert Wagner seien sie beide regelrecht geschnitten worden, selbst dann, wenn der Gauleiter Einrichtungen der Stadt besichtigte. Fellhauer schloss mit einer Art Generalabsolution: „Wir (der Oberbürgermeister und ich) waren gegen jede Gewaltherrschaft und Diktatur. Dadurch haben wir uns unsere an sich nicht leichte Dienstführung nur erschwert.“⁴⁴

Zu seiner Entlastung verwies Rombach auch auf sein kirchenfreundliches Handeln, für das er verschiedene Beispiele anführte, die er auch bestätigt erhielt.⁴⁵ In seinen Lebenserinnerungen zeigte er sich überzeugt, „daß eine echte Volksgemeinschaft nur erreicht und auf die Dauer garantiert werden könne durch gegenseitige Toleranz zwischen Partei, Staat und Kirche.“⁴⁶ Bemerkenswert ist immerhin, dass Rombach sich trotz seiner Funktion als NSDAP-Kreisleiter 1935 mit der Ärztin Hildegard Neff kirchlich trauen und dass er seine zwischen 1937 und 1943 geborenen vier Kinder evangelisch taufen ließ.⁴⁷

Im November 1948 wurde Wolfram Rombach aus der Lagerhaft entlassen. Im Januar 1949 begann in Ehingen das Spruchkammerverfahren. In seiner Verteidigungsschrift listete er 86 Fälle auf, in welchen er „der Partei gegenüber Widerstand geleistet bzw. antinazistische Gesinnung bekundet und dadurch erheblichen Schaden (einschließlich Verhaftung zwecks Verbringung ins KZ) erlitten habe.“⁴⁸ Zehn Seiten Text, untermauert mit Zeugnissen und Belegen auf 120 Seiten, dienten dem angeblichen „Nachweis, daß Dr. Rombach nie die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gefördert, sondern im Gegenteil derselben gegenüber im Rahmen seiner Eidspflicht und nach Maßgabe seiner Kräfte Widerstand geleistet und dadurch erheblichen Schaden erlitten hat.“ Eine bemerkenswerte Verdrehung der Tatsachen, denn dass Wolfram Rombach maßgeblich den Aufstieg des

Nationalsozialismus in Offenburg gefördert hatte, war eine Leistung, zu der er sich nicht nur während der Zeit des Dritten Reiches, sondern auch noch in seinen Lebenserinnerungen stolz bekannte. Aber er hatte mit seiner Verteidigungsstrategie Erfolg.

Der Kreisuntersuchungsausschuss reihte den früheren Oberbürgermeister nur in die Kategorie der „Minderbelasteten“ ein und erlegte ihm eine Bewährungsfrist von drei Jahren auf. Damit immer noch nicht zufrieden, wandte sich Rombach an den Beschwerdeausschuss des württembergischen Landtags. Im Revisionsverfahren erklärte ihn die Tübinger Spruchkammer 1950 nur noch zum „Mitläufer“.

Nach seiner Haftentlassung und Entnazifizierung wirkte Rombach wieder als Jurist, zunächst als Rechtsberater für eine Firma, dann seit Dezember 1950 als Rechtsanwalt. 1951 erhielt er die Zulassung zum Landgericht und Oberlandesgericht in Stuttgart, wo er sich niedergelassen hatte. Dass die Stadt Offenburg ihm aufgrund eines im Mai 1951 ergangenen Gerichtsbeschlusses einen Unterhaltszuschuss bezahlen musste, stieß in der Bevölkerung und bei den lokalen Gewerkschaften auf Protest.

Doch damit nicht genug. Da Rombach aufgrund der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 als Oberbürgermeister in das Beamtenverhältnis übernommen worden war, musste die Stadt ihm ab 1960 ein Ruhegehalt auszahlen, das zuletzt dem eines Leitenden Regierungsdirektors entsprach (Besoldungsstufe A 16). Offenbar spielte es keine Rolle, dass sich Rombachs Anspruch auf ein Nazi-Gesetz gründete. Auch seine Frau profitierte von der bundesdeutschen Rechtsprechung: Bis zu ihrem Tod 1997 bezog sie Versorgungsbezüge aus der Pension ihres 1987 verstorbenen Mannes.⁴⁹

Wie könnte ein abschließendes Urteil aussehen? Dass Oberbürgermeister Wolfram Rombach, verglichen mit Kreisleiter Karl Rombach oder Gauleiter Robert Wagner, ein weniger fanatischer Nationalsozialist oder, wie es auch hieß, ein „Vertreter der gemäßigten Richtung der NSDAP“ gewesen ist, haben die Zeitgenossen registriert und mehrfach attestiert. Er gehörte zu jenen bürgerlichen Repräsentanten des Nationalsozialismus, die die Schmutzarbeit gerne dem plebejischen Teil der Bewegung überließen. Diese Zurückhaltung machte es ihm nach 1945 vergleichsweise leicht, das Unschuldslamm zu spielen. Das alles ändert jedoch nichts daran, dass Wolfram Rombach, wie der eingangs erwähnte Walther Blumenstock schrieb, „sich auf einem prominenten Platz einem verbrecherischen Regime vom Anfang bis zum Ende zur Verfügung gestellt hat.“⁵⁰ Unter diesem Regime gab es viele Rombachs, und nur deshalb funktionierte es.

Anmerkungen

- 1 Wolfram Rombach: Lebenserinnerungen. StAOG Bestand 9, Nachlass Rombach.
- 2 Lebenslauf rekonstruiert nach Personalakten Rombachs. StAOG 8/7665 und 8/7666 und Syr , Ludger: Rombach, Wolfram. In: Baden-Württembergische Biographien (in Vorb.).
- 3 Rombach: Lebenserinnerungen, 63.
- 4 Ebd., 67.
- 5 Ebd., 76.
- 6 Zum politischen Hintergrund vgl. Scholtyseck, Joachim: Offenburg in den Jahren des ‚Dritten Reiches‘. In: Eisele, Klaus/Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur, Konstanz 2004, 239–321.
- 7 Schreiben Walther Blumenstocks vom 12.5.1968. Zit. nach Ruch, Martin: Verfolgung und Widerstand in Offenburg 1933–1945. Dokumentation, Offenburg 1995, 60 f.
- 8 Rombach: Lebenserinnerungen, 92.
- 9 Ebd., 87.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd., 90.
- 12 Vgl. Ruch: Verfolgung, 264.
- 13 Rombach: Lebenserinnerungen, 120.
- 14 Niederschrift über die Vernehmung des Dr. jur. Wolfram Rombach, Ehingen/Do. vor dem Vorsitzenden des Kreisuntersuchungsausschusses Ehingen/Do. StAOG Bestand 9.
- 15 Rombach: Lebenserinnerungen, 107.
- 16 Vgl. dazu ausführlich Syr , Ludger: Von der Machtergreifung bis zum Kriegsende. Gesellschaft und Alltag in Offenburg zwischen 1933 und 1945. In: Offenburg 1919–1949, 359–413.
- 17 Rombach: Lebenserinnerungen, 108.
- 18 Ebd., 104.
- 19 Zit. nach Syr : Von der Machtergreifung, 376.
- 20 Rombach: Lebenserinnerungen, 104.
- 21 Ebd., 94.
- 22 Zur Biographie Robert Wagners vgl. Syr , Ludger: Der Führer vom Oberrhein: Robert Wagner. Gauleiter, Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß. In: Ki bener, Michael/Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, 733–779 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 2).
- 23 Zit. nach Offenburger Tagblatt 15.10.1935.
- 24 Dokumentiert im StAOG 5/1423 und 5/1730.
- 25 Schilderung bei Syr : Von der Machtergreifung, 389 ff. Zur Zwangsarbeit in Offenburg und der ungeklärten Position des Oberbürgermeisters in dieser Frage vgl. Scholtyseck: Offenburg, 293 ff. In Rombachs Tagebuch fehlen grundsätzliche Äußerungen zur Zwangsarbeiterproblematik.
- 26 Vgl. Badisches Tagblatt vom 18.6.1948 und 30.6.1949.
- 27 Rombach: Lebenserinnerungen, 121.
- 28 Ebd., 122.
- 29 Zit. nach Ruch: Verfolgung, 217.
- 30 Vgl. Ruch, Martin: Tanzsaal, Revolutionslokal, Synagoge, Lagerhalle. Die Geschichte des ‚Salmen‘ in Offenburg im und als Brennpunkt lokaler und überregionaler Geschichte. In: Ortenau 67, 1987, 371–389.

- 31 Dokumentiert in StAOG 5/1423.
- 32 Bericht Wolfram Rombachs auf Weisung der NSDAP über seine Differenzen mit dem Kreisleiter, 1.10.1942. StAOG Bestand 9.
- 33 Rombach: Lebenserinnerungen, 122.
- 34 Ebd., 125.
- 35 Ebd., 113.
- 36 Ebd., 97.
- 37 Ebd., 119.
- 38 Schilderung bei Syré: Von der Machtergreifung, 384.
- 39 Wolfram Rombach: Kriegstagebuch, 17.12.1944. StAOG Bestand 9.
- 40 Karl Müller an Gustav Weghaupt, 12.6.1946. StAOG 8/7665.
- 41 Wolfram Rombach, Kriegstagebuch, 5.3.1945. StAOG Bestand 9.
- 42 Rombach: Lebenserinnerungen, 152.
- 43 Gustav Weghaupt an den Landrat, 12.6.1946. StAOG 8/7665.
- 44 Robert Fellhauer, 25.5.1946. StAOG 8/7665.
- 45 Gustav Weghaupt an den Landrat, 12.6.1946. StAOG 8/7665.
- 46 Rombach: Lebenserinnerungen, 119.
- 47 Für ein angebliches „Wüten gegen die Offenburger Geistlichkeit“ bleibt Scholtyseck den Beleg schuldig (Offenburg in den Jahren der Weimarer Republik. In: Offenburg 1919–1949, 21–102, hier 72). In dem Beitrag von Manfred Mayer und Frank Gausmann über Religiöse Gemeinschaften in Offenburg 1933 bis 1945 (in: Offenburg 1919–1949, 415–461) taucht der Name Rombachs nicht einmal auf.
- 48 Überliefert im StAOG Bestand 9.
- 49 Die Rechtsstreitigkeiten um die materielle Versorgung Rombachs und seiner Familie füllen eine umfangreiche Akte. StAOG 8/3208.
- 50 Zit. nach Ruch: Verfolgung, 61.